

Zur Kohlennot.

Deutsche Kohlenlieferungen an die Entente.

Berlin, 28. Aug. Nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten in Versailles begünstigt sich Frankreich zu nächst mit einer Lieferung von 20 Millionen Tonnen Kohlen statt 40 Millionen jährlich. Die deutschen Einwände, daß die Lieferung auch dieser Menge nicht möglich wäre, und der deutsche Vorschlag einer Lieferung von 12 Millionen Tonnen jährlich, wurden von der Entente zurückgewiesen. Wenn die jährliche Förderung unter 108 Millionen Tonnen bleibt, so sollen über eine etwaige Minderbeförderung neue Verhandlungen aufgenommen werden. Die Entente hat sich bereit erklärt, die deutsche Förderung soweit wie möglich durch Hebung der Arbeitslust und dadurch zu unterstützen, daß nach Möglichkeit größere Mengen Lebensmittel von der Entente zur Verfügung gestellt werden.

Die internationale Kohlennot bespricht im „Vorwärts“ Otto Hué. Er sagt, daß wir vor einer Weltkatastrophe stehen, wenn es nicht gelingt, halbwegs eine leidliche Kohlenversorgung Europas vor dem Winter herbeizuführen. Die Förderung muß so rasch wie möglich und erheblich gesteigert werden, sonst erleben wir einen Winter von unbeschreiblichen Qualen, und die europäischen Gütererzeugung und Versorgung bricht zusammen. Wer glaubt, Amerika sei in der Lage, Europa vor diesem Zusammenbruch zu retten, dem sei gesagt, daß sich auch die Kohlenförderung in den Vereinigten Staaten, die im vorjährigen Oktober 54,61 Millionen Tonnen betrug, bedeutend gesenkt hat. Im März beliefen sie sich nur auf 32,3 Millionen Tonnen. Auf keinen Fall kann Amerika den bedeutenden europäischen Kohlenförderungsbedarf durch Kohlenexport weitmachen. Das würden zunächst die Transportbedingungen verbieten. Europa muß sich selbst helfen.

Der Generalfreist erforscht.

Berlin, 28. Aug. Die Befreiung in Oberschlesien dauert an. Der Generalfreist gilt als erforscht. Die Arbeitsaufnahme dauert an.

Heimkehr der Kriegsgefangenen.

München, 28. Aug. Reichspräsident Ebert machte hier die erfreuliche Mitteilung, daß die unablässigen Bemühungen der Reichsregierung für baldige Heimkehr unserer gefangenen Brüder von Erfolg gekrönt seien. England entsende seit einigen Tagen täglich zweitausend deutsche Kriegsgefangene in die deutsche Heimat.

Milch- und Butterversorgung.

Münster, 27. Aug. Eine Besprechung über die Herbst- und Winterpreise für Milch und Butter fand heute Abend in Münster statt. Es ergab sich Einverständnis dahin, daß eine mäßige Erhöhung der Sommerpreise für den kommenden Winter mit Rücksicht auf die ungünstigen Produktionsverhältnisse nicht zu vermeiden sei. Die bisherigen Preise sollen möglichst beibehalten werden, jedoch für die Winterzeit, etwa vom 15. 10. ab bis Ende April mäßige Zuschläge gemährt werden. Der Vertreter der Landesstelle Berlin stellte weitestgehende Verbindung neuer Preissteigerungen in den Nachbargebieten Westfalens in Aussicht. Wichtig bei der ganzen Frage ist aber, daß die Behörden und die Bevölkerung mit vereinten Kräften den wilden Preissteigerungen des Schleichhandels und des Wuchers entgegenwirken.

Erhöhung der Preise für Brot und Fleisch.

Berlin, 28. Aug. Einer heftigen Korrespondenz zufolge ist mit einer Erhöhung der Preise für Brot und Fleisch zu rechnen. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die Landwirtschaft mit den ihr für Getreide und Vieh gezahlten Preisen bei den gesteigerten Herstellungskosten nicht auskommen kann, und infolgedessen jeglicher Anreiz zur Steigerung der Erzeugung fehlt. Als Entschädigung für die nur geringe Preissteigerung glaubt man den Verbrauchern außer einer besseren Güte der zu liefernden Ware auch eine erhöhte Menge zuführen zu können.

Eine deutsche England-Gesellschaft?

ITA Köln, 29. Aug. Im Kölner Tageblatt propagiert Dr. Moritz de Jonge, Berlin, den Gedanken einer deutschen England-Gesellschaft, deren vorbestimmter Sitz Köln sein würde. de Jonge sagt am 29. Aug. in Köln: „Wir können wir endlich nichts Englands Größe und erkennen wir sie durch die Tat an, dann ist der Weg frei zu der von allen deutschen Englandfreunden bis 5. August 1914 heißersehnten deutsch-englischen Völkerverständigung. Das Kölner Tageblatt macht zu diesem Artikel einige einschränkende Bemerkungen und meint, daß der Inhalt des Artikels zwar wegen seiner völkerverständlichen Tendenz sympathisch sei, aber den Ereignissen zum mindesten sehr voraussetze. Nach dem Blatt, ist die internationale Atmosphäre leider noch immer nicht so geklärt, daß man an eine zwischenstaatliche Gründung schon herantreten kann.“

TU Hannover, 28. Aug. In der Provinz Hannover sind in der letzten Zeit Desinfektionsarbeiten gemacht worden. Dies eröffnet für die Brennstoffversorgung völlig neue Perspektiven. In Schweden wird Desinfektion bereits seit langer Zeit als Brennstoff für Hochöfen mit besten Erfolgen angewandt.

Berlin, 27. August. Zum Andenken an die Schlacht von Tannenberg im August 1914 findet am 31. August in Hohenstein eine Feier statt. Man hofft, daß sich auch Generalfeldmarschall von Hindenburg einfinden wird.

Berlin, 27. Aug. Wie aus dem Hauptquartier des Generals Franchet d'Espèray gemeldet wird, ist Bulgarien nunmehr vollkommen von Entente-Truppen besetzt. Die Befreiung erfolgte, um den Ausbruch des Bolschewismus in Bulgarien zu verhindern.

TU Stuttgart, 29. Aug. Reichspräsident Ebert und Reichswehrminister Noske sind gestern vormittag 9 Uhr von München kommend, in Stuttgart eingetroffen. Im alten Schloß fand eine Begrüßungsfeier des Landesministeriums statt, in der besonders über die Kohlennot beraten wurde.

TU Wien, 28. Aug. Die künftigen Wiener und niederösterreichischen Landesbeamten haben infolge der Nichtzahlung des Ansehensbetrages und der Notstandsbeihilfen die Arbeit niedergelegt.

Aus dem Haag, 28. Aug. Aus Pretoria wird gemeldet, daß General Louis Botha, der erste Minister Südafrikas, gestorben ist.

TU Tübingen, 28. Aug. Aus London wird berichtet: Daily Herald meldet, daß die Wahlen in Bulgarien einen großen Sieg der Sozialdemokraten ergeben haben, wie er noch in keinem Lande Europas zu vergleichen gewesen sei. Die Kommunisten errangen statt der bisherigen 10 Sitze 47 und die ge-

Bedrohliche Lage im Innern.

Gefährliche Meinungen.

—er. Berlin, 28. August 1919.

Sonderbar, höchst sonderbar: Herr Erzberger fährt in die Ferien nach St. Moritz, wo auch Herr Scheidemann sich wohlbehalten, und in dem Augenblick, da Herr Erzberger die Schweizer Grenze überschreitet, steigt der Kurs der deutschen Mark. Und warum? Weil Herr Erzberger vor der Abreise durch sein Reichsfinanzministerium amtlich erklären ließ, er denke nicht an die Abstemmung der deutschen Wertpapiere. Die Scheider und sonstigen Gläubiger, die ihr Schicksal in Neutralität ins Trockene gebracht haben, werden aufatmen und dem wandelbaren deutschen Finanzminister ihre Huldigung darbringen. Was das Erzberger'sche Mandat der angeblichen Abstemmung ausgedeutet hat, das läßt sich schwer in Millionen ausrechnen. Es läßt sich aber spüren und fühlen. Auf Schritt und Tritt merken wir es. Wir haben in den letzten Wochen infolge der wahrhaftig gesunkenen Inflationsrate viel zu teuer eingekauft. Die Preise für alle Lebensmittel sind nicht heruntergegangen, sondern gestiegen. Die nächste Folge ist, daß die Vorräte der Arbeiter weiter flutern und daß die Arbeitslust der industriellen Massen sich nicht, wie man hoffte, wieder einstellt. Wozu arbeiten? Die Lebensmittelpreise bleiben dieselben. Die Wohnungsnot wird immer größer. Was hat uns die Revolution gebracht? So fragen die Radikalen. Was bringt uns der Friede? So fragen alle. Und die Antwort ist ein trostloses Aufsteigen. Die Bergarbeiter gehen zwar zum Teil wieder in die Gruben. Aber die Lücke, die durch die Streiks in der Kohlenversorgung entstanden ist, läßt sich fürchterlich und wäre auch bei größter Anstrengung nicht mehr für den kommenden Winter auszufüllen. Und selbst wenn man fieberhaft arbeitet, die Kohlen werden ja nicht abgefahren. Die Bergleute schütten den kostbaren Stoff der Erde auf die Halben. Aber die Züge und Schiffe kommen nicht, um ihn abzuholen. Wo ist die Regierung, die schnelle Abhilfe versprochen hat? Sie rationiert dem Arbeiter sein kleines Kontingent, sie beschränkt sein warmes Bad, seine warme Mahlzeit durch Gasperre. Aber sie geht nicht auf seine Gänge. Sie hilft nicht. Im Gegenteil sie widersetzt sich Maßnahmen, die sie angeordnet hat. Und der Verwirrung ist kein Ende.

Bei solcher Lage läßt es sich verstehen, wenn die Stimmung immer schlechter wird und die Gerüchte nicht sterben wollen, die da sagen, es sei bei den Unabgängigen und Kommunisten etwas Großes am Werke. Spartakus gehe wieder um, die bolschewistische Revolution stehe trotz des Zusammenbruchs der Räteregierung in München und Budapest jetzt überall in Deutschland wieder vor der Tür. Gerüchte sind da, um demütigt zu werden unsere amtlichen Stellen geben sich die größte Mühe, die Sache so darzustellen, als sei nicht die mindeste Gefahr. Roste, so wird erklärt, habe eben in ein Wespennest gegriffen, als er den unabhängig-kommunistischen Berliner Volksrat aushub. Die Wespennester umher, aber sie stechen nicht. Es sei ein Sturm im Glase Wasser. Dasselbe hat man von Oberschlesien behauptet, solange, bis man die Entente zu Hilfe ins Land rufen mußte, um die kommende Abstemmung zu retten. Im übrigen, so lautet jetzt die Beruhigungsspiel, sei militärisch gegen Generalfreistabschichten vorgegangen. Wirklich? Hat die Regierung ihre Truppen jetzt in der Hand? Die Gehörlosverweigerung der Eisen-Division im Ballistik spricht für das Gegenteil. Auch hat die Regierung soviel Truppen nach Oberschlesien schicken müssen, daß sie einer plötzlichen ausbrechenden neuen Revolution militärisch kaum gewachsen sein dürfte. Und wiederum, um sich und das Publikum zu beruhigen — also die übliche Vogelstreichpolitik —, verkünden die behördlichen Stellen auf besagte Anfragen hin, der Generalfreist der Radikalen sei ausgehoben. Bieleicht wolle der Umsturz am 9. November, dem Jahrestag der Revolution, von neuem hervortreten und dafür seien alle militärischen Maßnahmen getroffen. Oh kindliche Einfalt! Die Herren Radikalisten legen keinen besonderen Wert auf Erinnerungstermine. Sie werden sich hüten, den großen Klubverband auf einen Tag anzusetzen, für den ihre Gegner, die „Rostegarden“, ihre Maschinengewehre bereitgestellt haben. Das soll anders gemacht werden. Ueber Nacht, in einem Augenblick, an den niemand gedacht hat, soll der Ueberfall stattfinden. Der Generalfreist, mit dem man droht, soll nur die Fiktion werden, auf dem sich das Drama des siegenden Räteystems abspielt. Man kann der „starken“ Regierung Bauer-Müller-Erzberger-David nur raten, sich nicht so stark und sicher zu fühlen, sondern alle Mittel, die ihr zu Gebote stehen, aufzubieten, um den inneren Feind in seinen Vorbereitungen zu treffen. Diese Vorbereitungen geben auf offener Straße bei hellem Sonnenlicht vor sich, trotz Zeitungssperre und Flugblattverhinderung. Wägen die Konsule auf dem Posten bleiben und nicht allzu weit verreisen.

Die Konferenz der Radikalen der Radikalen.

Halle, 26. August. Hier tagte in den letzten Tagen „unter strengem Ausschluss der Öffentlichkeit“ die „Reichskonferenz der Betriebsräte Deutschlands“. Es wurden nur Teilnehmer auf dieser Konferenz der Unabhängigen und Kommunisten gelitten, die auf dem Boden der Diktatur des Proletariats stehen. 52 Vertreter der Zentralräte waren anwesend. Der unabhängige Abgeordnete der Nationalversammlung, Roemer-Halle, sprach über den „Kampf um die Betriebsräte“. Er bezeichnete den Regierungsentwurf als „grundfalsch“. Trotzdem dürfe die Arbeit für die revolutionären Forderungen der Betriebsräte nicht stillstehen. Eine Kraftprobe wolle er indes nicht empfehlen, denn das deutsche Proletariat sei an und für sich „nicht revolutionär genug“. In der Besprechung wurden Zweifel laut, ob man überhaupt in absehbarer Zeit die deutschen Arbeiter um „großer po-

mächtigen Sozialisten statt der bisherigen 59 Sitze deren 124. Während bisher die Rechte des bulgarischen Parlamentes in den Händen der Militärpartei war, verfiel diese jetzt nur noch über einen einzigen Sitz.

ITA Göttingen, 27. Aug. Aus Stow wird gemeldet, daß der diesjährige Ratetreffen aus Unüberwindlichkeit. In 21 Monaten seien bereits 16 Millionen Marketen im Kottgefangen worden.

DZB Heilingsdorf, 28. Aug. Die in der Richtung Ostrow kämpfenden Esten wurden von überlegenen bolschewistischen Kräften aus Isborst zurückgeworfen. Die Verbindung zwischen den Esten und den bei Pleskau stehenden Truppen des russischen Nordkorps ist unterbrochen.

DZB Budapest, 29. Aug. Nach einer Meldung des Korrespondenten hat der Ministerpräsident Friedrich die interalliierte Militärkommission in Budapest eine Zuschrift gerichtet, in der die Bildung der neuen Regierungsmitteln. In einer Note an Clemenceau wird be-

klärt, daß die einzige Idee, die noch Zugkraft habe, sei der Kampf um die wirtschaftlichen Betriebsräte. Däumig-Berlin war für schnelle Ablehnung des Regierungsentwurfs. Nach dem Vorbild des Berliner Rumpfs-Bollzugsrates müsse man sofort eigene Betriebsräte schaffen, um damit die Wirtschaft zu „revolutionieren“. Kommunist Koring-Essen sprach über „Gewerkschaften und Betriebsräte“ und war der Ansicht, die Gewerkschaften müßten zertrümmert werden und durch das Betriebsräte-System ersetzt werden. Eine Einigkeit wurde in diesen Verhandlungen jedoch nicht erzielt und so verwarf man alle Anträge an einen Auschuß. Wie ein roter Faden zog durch die zweitägige Tagung die „Klage“, daß man leider dem deutschen Arbeiter „keine revolutionäre Forderung“ mehr zutrauen könne.

Gegen die Betriebsräte.

Berlin, 28. Aug. Der sozialpolitische Ausschuss des Deutschen Industrie- und Handelstages bezieht in seinen Beratungen über das Betriebsratsgesetz insbesondere das vorgesehene Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in entscheidenden Punkten als zu weitgehend. Die Mitwirkung der Betriebsräte bei der Regelung der Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse solle sich auf die Festlegung von allgemeinen Grundfähigkeiten beschränken. Eine Vertretung der Betriebsräte in den Aufsichtsräten der Unternehmungen wurde abgelehnt.

Der Arbeitsminister über die Arbeitslosenfrage.

Berlin, 27. Aug. Reichsarbeitsminister Schuler äußerte sich über die Arbeitslosenfrage folgendermaßen: „Die Vorwürfe gegen die zuständigen Regierungen, daß nicht alles getan werde, um für die Arbeitslosen Arbeitsgelegenheit zu schaffen, nehme ich nicht sehr tragisch. Es ist viel geschrieben und angeklagt worden. Auf diejenigen Arbeitslosen, die nicht arbeiten wollen, etwa in der Weise einzuwirken, daß man, wie vielfach verlangt, geistlichen Arbeitszwang anzuwenden, halte ich für durchaus falsch. Denn ich bin der Meinung, daß man mit der Arbeit eines Mannes, den man in seine Werkstatt treiben muß, kein günstiges Resultat erzielt. Dagegen trete ich für die Wiedereinführung der Akkordarbeit ein. Was die Verwendung von Arbeitslosen bei den Wiederaufbauten in Frankreich betrifft, so können die Arbeitslosen nur dann vorangetrieben werden, wenn sie übertriebene Hoffnungen auf Arbeitsmöglichkeit in dieser Hinsicht zu machen. Denn vorläufig sprechen sich die französischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegen die Beteiligung deutscher Arbeitskräfte an dem Wiederaufbau Frankreichs aus.“

Düsseldorf, 27. Aug. Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitervertretern haben zu einem vorläufigen Ergebnis geführt. Vorbedingung der Arbeitgeber für die Lohnsteigerung ist die Wiederaufnahme der Akkordarbeit. Die Hauptbestimmung dieser Akkordregelung ist die Festlegung der Akkord in der Weise, daß bei durchschnittlicher Arbeitsleistung unter normalen Verhältnissen ein Akkordlohn erzielt werden kann, der um mindestens 15 Prozent über den vereinbarten Stundenlohn hinausgeht. Es wird erwartet, daß die Verhandlungen etwa bis 10. Dezember zum Abschluß und zur Unterzeichnung gelangen.

Das englische Weibbuch über die Lebensmittellieferverhältnisse in Deutschland.

Haag, 27. August. Das englische Weibbuch über die Lebensmittellieferverhältnisse in Deutschland ist erschienen. Es schildert die traurige Wirkung des Krieges auf die Gesundheit der Bevölkerung und malt die Aussichten für die kommende Periode 1919/20 äußerst düster. Die Versorgung mit Brotgetreide habe sich um 550 000 Tons, mit Zucker um 150 000 Tons, mit Fleisch um 666 000 Tons, mit Butter und Fett um 92 000 Tons vermindert. Schon im Mai 1919 sei trotz der Verringerung des Heeres der meiste Vorrat bereits erschöpft gewesen. 1920 werde die Lage noch viel schlimmer sein, wobei in Betracht gezogen werden müsse, daß noch 800 000 Gefangene zurückkommen und ebenfalls ernährt werden müßten. Die deutsche Bevölkerung werde der gleichen furchtbaren Lage gegenüberstehen wie 1918/17. Deutschland befinde sich also vor einer Katastrophe, die den Hungertod von Millionen nach sich ziehen werde, wenn nicht für genügend Einfuhr von Nahrungsmitteln gesorgt werde. Der Bericht berechnet die notwendigen einzuführenden Mengen auf 5,5 Millionen, und das nur, um die jetzige erbärmliche Ernährung aufrecht zu erhalten, die an sich schon krankhaft, Tod und Verminderung der Arbeitsfähigkeit zur Folge habe. Man habe vor allem Fett und Protein nötig, von denen 2½ Millionen Tonnen eingeführt werden müßten.

Das Weibbuch kommt zu dem Ergebnis, daß keine andere Nation imstande gewesen sei, so große Mengen Mittel und Menschenmaterial in den Krieg zu werfen, wie Deutschland und darum sei Deutschland während der letzten sechs Monate so furchtbar in Angriff und Verteilung gewesen. Nun sei es vollständig zusammengebrochen. Die soziale Maschine aber sei unberührt in seinen Fabriken und Kohlengruben, welche letztere noch Reserven für Hunderte von Jahren hätten. Deutschland soll 5 Milliarden Pfund Schatz haben. Wenn das geschehen soll, würden sich zwei Möglichkeiten ergeben, entweder Deutschland vollständig zu zerstören oder sein Geschäftsleben wieder aufzurichten. Bei der Zerstörung sei nur ein kleiner Teil der Summe zu erhalten. Nicht man Deutschland wieder auf, gebe man ihm das nötige Kapital, so erhalte die Entente die Kontrolle und die Gewissheit, Schaden zu erhalten. Deutschland habe Nahrungs- und Düngemittel sowie Rohmaterialien nötig, was die Entente liefern müsse, denn nur so könne sie zu ihrer vollen Entschädigung gelangen.

kont, daß das neue Ministerium die Sympathie und das unbedingte Vertrauen der weitaus überwiegenden Mehrheit der Nation genieße.

ITA Paris, 28. Aug. Der regelmäßige Luftdienst zwischen Paris und London ist gestern eröffnet worden.

ITA Paris, 28. Aug. Die Kammer hat die Besprechung über den Friedensvertrag fortgesetzt. Der Berichterstatter Benoist erklärte, daß der zweite Friede von Versailles den ersten ausgewiesen habe, weil er Frankreich Elend-Bohringen zurückgegeben hat. Dennoch sei der Friede nicht vollständig, weil er Menschenarbeit sei. In historischer Hinsicht sagte Benoist, daß der Rhein die militärische Grenze sein müßte, nicht aber die politische. Doch verlangt er keine Annexion, er ist im allgemeinen mit dem Völkerverbund einverstanden und fordert die Regierung zur Tätigkeit auf, damit die Allianz der vier Großmächte auch weiter bestehen bleibe.

ITA London, 28. Aug. Eine amerikanische Militärmission, bestehend aus 16 Offizieren, ist am 27. August in

Gibraltar eingetroffen. Sie wird nach Batum weiterreisen, um die Lage in Armenien zu studieren, ehe Amerika sich über die Annahme des Mandats über Armenien entscheidet.

Gegen die Bolschewisten.

Berlin, 28. Aug. Die Gesamtstärke der Bolschewikenarmeen im Felde beträgt 485 000 Mann. Sie sind in vier Gruppen gegliedert.

ITA Zürich, 28. Aug. Eine Meldung der Bolschewisten besagt: Nach doppelter Beschließung durch die englische Schwarzmeer-Flotte ist der Gegner gelandet und hat Odessa besetzt.

ITA Paris, 28. Aug. Aus Peking wird berichtet, daß die Erfolge Denikins und Pjassiras die Lage der Roten Armee am Dnjepr sehr kritisch gestaltet haben. Trotz der fortschreitenden Eintreibung von Norden kammerte sich das Oberkommando der Sowjettruppen bis zum letzten Augenblick an den Fluß. Erst dann entzogen sie einen Unterhändler an General Bender, um die Bedingungen des Waffenstillstandes festzusetzen. Der französische und rumänische Oberbefehlshaber verlangten jedoch bedingungslos Uebergabe. Die Roten Truppen werden auf 22 Regimenter mit 80 Geschützen geschätzt.

Bildung eines Reichswehrministeriums.

Berlin, 28. Aug. Spätestens bis zum 1. Oktober soll aus den vorhandenen einzelstaatlichen Kriegsministerien und sonst geeigneten militärischen Behörden das Reichswehrministerium gebildet werden. Zum Chef der Reichswehrbefehlshaber Preußen ist der preussische Staatsminister Oberst Reinhard ernannt.

Deutsche Truppen für die neutrale Zone.

Berlin, 28. Aug. In der Frage der Belegung der 50-Kilometer-Zone östlich des Rheins mit Truppen, die dahin entschieden war, daß nur eine Belegung mit Polizei- und Gendarmenmannschaften nach der Stärke vom Jahre 1913 stattfinden solle, ist nunmehr dem Vorsitzenden der interalliierten Waffenstillstandskommission in Köln ein Entschluß des Pariser Alltags zugestiegen, der dahin lautet, daß sich die verbündeten Mächte der Unzulänglichkeit eines solchen Zustandes mit Rücksicht auf die öffentliche Ordnung nicht verschließen und daher zustimmen, daß die 50-Kilometer-Zone deutscherseits mit 20 Bataillonen, 10 Escadrons und 2 Bataillonen von Infanteristen des Friedensvertrages auf die Dauer von drei Monaten belegt würde.

Das neue japanische Flottenprogramm.

Schweiz, Grenze, 28. Aug. Pariser Blätter bringen Einzelheiten über das neue japanische Flottenprogramm. Danach sollen noch in diesem Jahr fertiggestellt werden: zwei 40 000-Tonnen-Kreuzer, drei leichte Kreuzer, zehn Zerstörer, darunter fünf große, mehrere Unterseeboote sowie Kanonenboote zur Stationierung in den chinesischen Gewässern. Weiter sind bis 1923 acht Dreadnoughts und sechs Schlachtkreuzer vorgesehen.

Der „Herr im Hause“.

Zwischen Theorie und Praxis gibt es Unterschiede. Es gibt Leute, die nie radikal genug sein können, solange sie an anderen kritisieren. Aber die Praxis... Im „Vorwärts“ finden wir folgende interessante Darstellung einer Bewegung, die der so überaus radikale Richard Müller mit dem Mitbestimmungsrecht der Angestellten hatte:

Die Angestellten des Berliner Volksrats leisteten seinerzeit einer selbständigen Pflicht Folge, indem sie in gemeinschaftlicher Sitzung einen Angestelltenrat wählten, ihren Wünschen und Beschwerden Ausdruck verliehen, die selben formulierten und den neugewählten Angestelltenrat mit der Vertretung dem Volksrat gegenüber betrauten. Die Angestellten betrachteten die Anerkennung einer so selbstverständlichen Forderung wie das Mitbestimmungsrecht der Angestellten, durch eine so revolutionäre Körperschaft wie den Berliner Volksrat, nur als reine Formalie. Aber da waren sie auf dem Holzwege. Die Gegenläufe prallten aufeinander; es gab bewegte Szenen, der Obmann des Angestelltenausschusses nahm nur auf Zureden seines Kollegen davon Abstand, den Saal unter Protest zu verlassen, weil, wie er erklärte, eine so endwürgende Behandlung ihm noch nie durch einen Privatunternehmer zuteil geworden sei.

Mit außergewöhnlicher Schärfe wandte sich Richard Müller gegen die Forderungen der Angestellten. In schneidender Ironie waren seine Ausführungen betr. des Mitbestimmungsrechts der Angestellten in Personalangelegenheiten gefeilt. Er führte u. a. aus: „Ich muß offen zugeben, die Forderungen der Angestellten berühren eigenlich. Sie legen Zeugnis von wahrhaft rührender Bescheidenheit ab. Betreffs des Mitbestimmungsrechts der Angestellten erkläre ich, es fällt mir nicht ein, mir etwa Vorschriften machen zu lassen, welche Dame ich z. B. als Senatspräsident neben mir haben will. Das bestimmt nicht der Angestelltenausschuß, sondern der letzte Endes ich.“ Darauf der Obmann der Angestellten: „Ich muß es mir verlagern, an dieser Stelle die Antwort darauf zu geben, welche ein Unternehmer bekommen würde, wenn er dem Mitbestimmungsrecht der Angestellten eine derartige Auslegung geben würde.“

Die neue Kleingartenordnung.

Als eine Ausgestaltung der Bundesratsverordnungen vom 1. April 1916 und vom 12. Oktober 1917 über die Festlegung von Pachtpreisen für Kleingärten, schreibt laut Mitteilung des Reichsministeriums das neue Gesetz vor: daß die Pachtpreise für Kleingärten und Kleinpachtgärten von der unteren Verwaltungsbehörde bzw. dem Einigungsamt festgelegt werden sollen, damit die wirtschaftlich schwachen Baubesitzer vor Ausnutzung durch die Grundstückeigentümer geschützt werden. Derartige Pachtverträge sollen nur bei wichtigem Grunde, z. B. wenn das Pachtgrundstück der Bebauung zugeführt wird, gekündigt werden dürfen. Die Verwaltungsbehörden haben das Recht, Grundstückeigentümer zu zwingen, geeignetes Pachtland zur Verfügung zu stellen, falls eine freiwillige Hergabe nicht ermöglicht werden kann. Als Zwischenpächter dürfen nur öffentlich rechtliche oder gemeinnützige Körperschaften auftreten, da über die Tätigkeit der sogenannten Generalpächter, die die Pachtpreise hochtrieben und die Baubesitzer oft zu Nebenausgaben nötigten, vielfach Klage geführt worden ist. Eine Entscheidung dieser Generalpächter durch die Verwaltungsbehörden für noch nicht herausgewirtschaftete Anwendungen an den Pachtgrundstücken ist im Gesetz vorgesehen. Das Gesetz, das die Bestrebungen des Kleingartenwesens, die für die Volksgesundheit und Ernährung von großer Bedeutung ist, fördern will, wird in beteiligten Kreisen als bedeutender sozialer Fortschritt angesehen.

Krug-Diele, 5-Uhr-Lee, Künstler-Konzert.

Duell,
Coblenzstraße 90.

Eigene Mechanische Werkstoffe und
Galvanische Renovierungs-Anstalt,

[illegible]

